

**PROTOKOLL**

Sitzung der Vollversammlung

- Datum:** 21. September 2023
- Uhrzeit:** 16:14 Uhr – 18:28 Uhr
- Ort:** Konferenzzentrum im LEH/Zoom-Meeting
- Vorsitz:** Sebastian Stietzel (Präsident)
- Anwesend:** Die in der Anwesenheitsliste verzeichneten Mitglieder und Gäste.
Jan Eder - Hauptgeschäftsführer
Stephan Wolter - stellvertretender Hauptgeschäftsführer
Henrik Vagt - Geschäftsführer Wirtschaft & Politik
Ronja Heymann – Protokollführerin
- Gäste:** Oliver Meintrup, Rechnungsprüfungsstelle für die IHKs

Tagesordnung:

-
- TOP 1: Protokoll der Vollversammlungssitzung vom 10.07.2023*
TOP 2: Aktuelle politische Lage und Themen
TOP 3: Regularien
TOP 4: Finanzen
TOP 5: Politische Positionen
TOP 6: Verschiedenes
-

Herr Stietzel begrüßt die Vollversammlungsmmitglieder sowie als Gäste die anwesenden Ausschussvorsitzenden, ihre Stellvertretungen und Herrn Meintrup von der Rechnungsprüfungsstelle.

Herr Stietzel stellt fest, dass die Einladung zur heutigen Sitzung frist- und formgerecht erfolgte.

TOP 1: Protokoll der Vollversammlungssitzung vom 10.07.2023

Zum Protokoll der Vollversammlungssitzung vom 10. Juli 2023 wurden keine Einwände eingereicht. Es gilt daher satzungsgemäß als genehmigt.

TOP 2: Aktuelle politische Lage und Themen

Herr Stietzel berichtet, dass es auch in der Sommerzeit eine Vielzahl an politischen Themen gab. Ein besonderer Fokus in Gesprächen und Terminen der letzten Wochen lag auf der vom Senat geplanten Ausbildungsumlage und dem Bündnis für Ausbildung. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass eine Ausbildungsplatzumlage in Berlin eingeführt wird, wenn bis 2025 nicht mindestens 2.000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Das Bündnis mit Vertretern aus Senat, Wirtschaft und Gewerkschaften, das am 30. August erstmals tagte, hat dies weiter konkretisiert: Bis zum 31. August 2025 sollen 2.000 zusätzliche unterzeichnete Ausbildungsverträge im Vergleich zum Basiszeitpunkt (31. August 2023) vorliegen. Ferner wurde in der Auftaktsitzung vereinbart, dass alle Bündnispartner entlang ihrer Zuständigkeiten konkrete Arbeitspakete zur Stärkung der dualen Ausbildung definieren und diese bis zu einer zweiten Sitzung im November 2023 vorlegen.

Herr Stietzel betont, dass die IHK Berlin eine Ausbildungsumlage weiter entschieden ablehnt, wengleich sie das Ziel des Bündnisses, die Stärkung der dualen Ausbildung, teilt.

Herr Stietzel erläutert anknüpfend, dass vor wenigen Wochen das Festival der Fachkräfte im Ludwig Erhard Haus stattgefunden hat. Das Video mit Eindrücken zur Veranstaltung, an der auch die Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey teilgenommen hat, finden Sie [hier](#). Im Rahmen des Festivals wurde mit dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner und Senator Joe Chialo der Berliner Unternehmenspreis, die Auszeichnung für gesellschaftliches Engagement, verliehen. Der Präsident berichtet, dass das anwesende Vollversammlungsmitglied Kathrin Ohlmer, Geschäftsführerin der dotBerlin GmbH & Co. KG, mit ihrem "Kiezhelden"-Projekt Preisträgerin in der Kategorie bis 9 Mitarbeiter ist und gratuliert ihr herzlich.

Herr Stietzel hebt weitere Termine in seinem Bericht hervor. Er berichtet u.a. von der Delegationsreise mit Wirtschaftssenatorin Giffey nach Jakarta sowie der 75+1-Firmenjubiläumsfeier der Ehrig GmbH, die durch ihre Geschäftsführerin Kerstin Ehrig-Wettstaedt in der Vollversammlung vertreten ist.

Herr Eder berichtet zur konjunkturellen Lage und erläutert, dass der Doppelhaushalt nicht adäquat zur aktuellen Wirtschaftslage geplant ist. Beispielsweise enthält der Haushalt keine Posten für größere Vorhaben, bspw. für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig werden viele konsumtive Ausgaben getätigt, bzw. auf höhere Einnahmen der Landesbetriebe verzichtet. Das Sondervermögen für Klimaschutz in Höhe von 5 Mrd. Euro wurde zwar eingeplant, es droht jedoch eine Zweckentfremdung, da es vielfach schon für herkömmliche Haushaltsausgaben mit nur schwacher Relevanz für den Klimaschutz verplant wird.

Herr Rückel berichtet vom letzten Runden Tisch der Wirtschaft, in dem es um den Nutzungskonflikt von Gewerbe- und Wohnflächen in Berlin ging. Die Teilnehmer des Runden Tisches haben eine Erklärung mit Forderungen an die Politik erarbeitet, die [hier](#) zu finden ist. Abschließend erläutert er das immer größer werdende Problem der Konnektivität des Flughafens BER, inzwischen sogar schon

innereuropäisch. Am 26. September findet dazu eine Kabinettsitzung am BER statt, zu der ein [IHK-Statement](#) veröffentlicht werden wird.

TOP 3: Regularien

1. Änderung der Anlage der Gebührenordnung im Bereich Berufszugang und für Carnet ATA/CPD („eCarnet“)

Die Höhe der Gebühren der IHK Berlin orientiert sich grundsätzlich am Prinzip der Vollkostendeckung. Nach jüngst durchgeführter Kostenevaluation ist in den genannten Bereichen eine Anpassung aufgrund von Preisanstiegen erforderlich.

Die Vollversammlung beschließt bei zwei Enthaltungen die Beschlussvorlage zur Änderung der Anlage der Gebührenordnung (Gebührentarife), wie mit der Einladung als Anlage 1 zugegangen.

2. Nachberufungen in die IHK-Ausschüsse

Weitere Berliner Unternehmerinnen und Unternehmer haben ihr Interesse an der Mitarbeit in den Themenausschüssen der IHK Berlin bekundet.

Die Vollversammlung beschließt die Berufungsvorschläge in die IHK-Ausschüsse, wie in der Anlage 3 zur Einladung zugesandt.

TOP 4: Jahresabschluss 2022 inkl. Ergebnisverwendung und Entlastung der Wirtschaftsführung 2022

Herr Stietzel leitet mit der Feststellung ein, dass das Haushaltsjahr 2022 mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen wurde und dies auf der ebenfalls positiven Entwicklung der Berliner Wirtschaft und den damit verbundenen Beitragserträgen als auch etlichen Minderaufwendungen beruht.

Anschließend erläutert **Herr Stephan Wolter** anhand der angefügten Präsentation den Verlauf des Geschäftsjahres 2022 anhand der Erfolgsrechnung ausführlicher. Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und die Energiekrise waren Faktoren, die direkt und auch mittelbar Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der IHK im Jahr 2022 hatten. Dazu kam ein IT-Sicherheitsnotfall, der die gesamte IHK-Organisation über Wochen gezwungen hat, offline die gewohnten Services zu erbringen. In wirtschaftlicher Hinsicht haben sich die Krisen allerdings weniger stark als angenommen auf die IHK Berlin ausgewirkt. Zum einen ist es nicht zum erwarteten Einbruch bei den Erträgen aus Beiträgen gekommen. Zum anderen verlief auch die Entwicklung der Erträge aus Gebühren, trotz coronabedingt sinkender Teilnehmerzahlen, positiv, weil die Rückgänge

durch eine erhöhte Nachfrage, insbesondere nach Sach- und Fachkundeprüfungen, überkompensiert werden konnten. Auf der Kostenseite konnte die IHK Berlin bei Sachaufwänden und bei Personalkosten deutliche Minderaufwände verzeichnen, da kostengünstiger als geplant wirtschaftlich beschafft werden konnte (z. B. bei der Vollversammlungswahl), Leistungen entfielen (z. B. Delegationsreisen) oder verschoben wurden (Digitalisierungsprojekte auf Grund des IT-Notfalls und Instandsetzungsmaßnahmen im Ludwig Erhard Haus). Als besonderen Effekt stellt Herr Wolter auch die Veränderung der Pensionsrückstellungen heraus, die im Personalaufwand Mehraufwände bedeuten, in Bezug auf die Zinsentwicklung aber das Finanzergebnis deutlich weniger negativ ausfallen lassen.

Ungeachtet der Krisen ist es der IHK Berlin auch im Geschäftsjahr 2022 gelungen, die bereits im Jahr 2019 beschlossenen Maßnahmen zur Weiterentwicklung ihrer Leistungssteigerung fortzusetzen, die Digitalisierung voranzutreiben, neue kommunikative Elemente zur öffentlichen Wahrnehmung umzusetzen, wie das erste Festival der Berliner Wirtschaft, und neue Produkte im Bereich der Mitgliederbindung und Fachkräftesicherung zu entwickeln. Zu nennen sind hier der Talente Check sowie die mehrjährige Ausbildungsoffensive. Ebenso wurde in das Ludwig Erhard Haus im Bereich der nachhaltigen Mobilität investiert. Es entstanden gesicherte Fahrradstellplätze, die Leitanlage des Parkhauses wurde erneuert und die Vorbereitung für Elektroladesäulen geschaffen.

Herr Wolter weist weiterhin darauf hin, dass die Vollversammlung im Wirtschaftsplan 2022 beschlossen hatte, einen Betrag von 1.474.403,04 Euro zum Ausbau des BWC und das Jahresergebnis 2020 im vollen Umfang zum Ausgleich des Haushalts im Jahr 2022 zu verwenden. Die angesetzten Mittel für den BWC-Umbau wurden vollständig nicht benötigt, vom Jahresergebnis 2020 wurden 7.852.404,21 Euro aufgrund des positiven oben dargestellten Geschäftsverlaufes zum Ausgleich des Haushalts nicht benötigt. Diese Posten wurden daher zur weiteren Unterlegung der Pensionsverpflichtungen verwendet. In beiden Fällen ist damit die Verwendung im ursprünglichen Zweck entfallen, weshalb Nachgenehmigungen notwendig sind.

Insgesamt erwirtschaftet die IHK Berlin ein Ergebnis von 14,2 Mio. Euro. Davon sind 8,98 Mio. Euro auf das bereits festgestellte und im Wirtschaftsplan 2023 verwendete Ergebnis 2021 zurückzuführen. Das verfügbare Ergebnis beläuft sich demnach auf 5,3 Mio. Euro.

Herr Meintrup, Geschäftsführer der Rechnungsprüfungsstelle der IHKs (RPS) erläutert anschließend anhand der angefügten Präsentation, dass der Jahresabschluss 2022 von der Rechnungsprüfungsstelle für die IHKs geprüft worden ist. Er besteht aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022, der Erfolgs- und Finanzrechnung, den Plan-Ist-Vergleichen, dem Anhang und dem Lagebericht. Zusätzlich ist die Ordnungsmäßigkeit der Wirtschaftsführung geprüft worden. Prüfungsschwerpunkte waren dabei Beschaffungen durch den Hauptgeschäftsführer sowie bei Dauerschuldverhältnissen und Rahmenverträgen, die Realisation der Beiträge und die Entwicklung der Vorsorgen. Er berichtet, dass die Prüfung die Einhaltung der Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts bestätigt hat. Die von der Vollversammlung zur Verfügung gestellten Mittel sind sparsam und wirtschaftlich verwendet worden. Es wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt, jedoch unter der aufschiebenden Bedingung der nachträglichen Genehmigung in den zwei bereits von Herrn Wolter aufgezeigten Fällen: Da im Rahmen der finanzwirtschaftlichen Grundsätze

die IHK Berlin zweckbezogene Vorsorge im Rahmen von mittel- bis längerfristigen Maßnahmen getroffen werden soll, ist es gegeben, diese Mittel auch entsprechend einzusetzen insoweit Bedarf besteht. Die Pensionsverpflichtungen sind nicht vollständig monetär hinterlegt. Da die finanzwirtschaftlichen Grundsätze nicht hinreichend konkretisieren, wofür die die Verwendung freierwerdender Mittel erfolgen soll, ist für eine Veränderung des Vorsorgezweckes die Genehmigung der Vollversammlung einzuholen.

Herr Senitz berichtet, dass Frau Weiß und er sich im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Prüfung des Jahresabschlusses mit den von der RPS gewählten Prüfungsschwerpunkten beschäftigt, sich intensiv mit dem Prüfbericht auseinandergesetzt haben und Teil der Schlussbesprechung waren. Themen für die ehrenamtlichen Rechnungsprüfer waren zudem das Follow-up des IT-Audits aus 2021, die Analyse der Auswirkungen des IT-Notfalls und das IKS. Herr Senitz präsentiert im Detail die Ergebnisse der Prüfung zu den Planabweichungen und der zusätzlichen monetären Unterlegung der Pensionsverpflichtungen. Die Planabweichungen wurden schlüssig vorgetragen, sind erklärbar und lassen sich auf drei wesentliche Effekte zurückführen: Externe Effekte (z.B. die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage), zugrundeliegende Planungslogiken (z.B. der vollbesetzte Stellenplan) und Fehlplanungen. Der Großteil der Abweichungen ist auf externe Effekte zurückzuführen. Dahingehend wurde in der Etatkommission bereits besprochen, die Beitragserträge zukünftig weniger konservativ zu prognostizieren. Hinsichtlich der zweckgebundenen Vorsorge erläutert er, dass sowohl bei der Instandhaltungsvorsorge für das Ludwig Erhard Haus als auch bei den Pensionsverpflichtungen noch nicht der Zielbedarf gedeckt ist, so dass die Mittelverwendung für letztere angezeigt ist, jedoch der nachträglichen Genehmigung durch die Vollversammlung bedarf. Es sind keine Anhaltspunkte erkennbar gewesen, dass unzulässiger Vermögensaufbau durch die Zweckumwidmung geschieht.

Herr Senitz beantragt die Entlastung von Präsidium und Geschäftsführung für das Wirtschaftsjahr 2022.

Herr Stietzel dankt allen am Jahresabschluss Beteiligten und insbesondere den beiden ehrenamtlichen Prüfern für ihr hohes Engagement.

Die Vollversammlung beschließt mit zwei Enthaltungen und einer Gegenstimme, dass die nicht benötigten Mittel aus der zum Ausgleich des Haushalts in Höhe von 1.474.403,04 Euro und des Ergebnisvortrages 2020 abweichend ursprünglich geplanten Zweckverwendung in Höhe von 7.852.404,21 Euro zur monetären Unterlegung der Pensionsverpflichtungen verwendet werden.

Die Vollversammlung beschließt sodann mit einer Enthaltung und einer Gegenstimme die Feststellung des Jahresergebnisses 2022 bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022, der Erfolgs- und Finanzrechnung, einem Anhang und einem Lagebericht, wie mit der Einladung zugesandt.

Die Vollversammlung beschließt bei zwei Enthaltungen, dass das verfügbare Ergebnis aus dem Jahr 2022 in Höhe von 5.258.777,96 Euro zum Ausgleich des Haushalts 2024 auf neue Rechnung

vorgetragen wird.

Die Vollversammlung erteilt dem Präsidium für das Jahr 2022 bei einer Enthaltung die Entlastung.

Die Vollversammlung erteilt der Geschäftsführung für das Jahr 2022 bei einer Enthaltung die Entlastung.

TOP 5: Politische Positionen

1. Vision für das Handlungsfeld "Innovatives Wachstum"

Frau Jost präsentiert die Vision für ein innovativ wachsendes Berlin im Jahr 2028+, die nach einem umfassenden, mehrstufigen Prozess in Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt erarbeitet wurde. Sie dankt allen Beteiligten für ihr Engagement.

Frau Jost erklärt, dass die Vision für ein „innovativ wachsendes Berlin“ Empfehlungen, Erwartungen und Forderungen an die politischen Entscheidungsträger enthält, die letztlich auf das Gesamtziel der IHK Berlin einzahlen, Berlin zu einer modernen und nachhaltigen Weltmetropole weiterzuentwickeln.

Sie erläutert, dass die Vision der innovativ wachsenden Stadt zum Ziel hat, dass sich alle relevanten Stakeholder aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam mit der Berliner Wirtschaft verbindlich für die schnelle Anbindung von Innovationen einsetzen. Insbesondere mit Blick auf KMUs sollen unkompliziert innovationsfördernde und niedrighschwellige Rahmenbedingungen für die Einsetzung von Innovationen entwickelt werden. Dabei spielen internationale Wirtschaftsbeziehungen eine wichtige Rolle. Auch das Vorankommen in den anderen Handlungsfeldern, wie der funktionierenden Stadtverwaltung und der pragmatischen Stadtentwicklung mit ihren jeweiligen Businessplänen, sind Teil der Voraussetzung für die Entwicklung der Vision.

Frau Jost stellt die acht Kernforderungen anhand der Folien 38- 51 vor.

An dem anschließenden Austausch beteiligen sich die **Damen Jost, Lechler und Streubel** sowie die **Herren Dr. Matschke, Mießen und Stietzel**.

Die Vollversammlung beschließt bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen die Vision für das Handlungsfeld "Innovatives Wachstum", wie als Anlage 10 zur Einladung nachversandt.

2. Digitaloffensive 2.0

Das Positionspapier zur Digitaloffensive aus 2020 wurde in den letzten Monaten von Haupt- und Ehrenamt aktualisiert und fortgeschrieben. Kern des Papiers sind konkrete Handlungsvorschläge, um die digitalpolitischen Rahmenbedingungen in der Stadt und für die Wirtschaft zu verbessern.

Herr Paul Wolter stellt als Ausschussvorsitzender des federführenden Ausschusses „Innovative und wissensgetriebene Stadt“ das Papier kurz vor. In sieben Themenbereichen wurden in jeweils zwei Workshops ausschuss- und branchenübergreifend aktuelle Bedarfe ermittelt sowie konkrete Positionen und Handlungsempfehlungen für den Berliner Senat als Adressaten erarbeitet. Anhand der Folie 64 erläutert **Herr Wolter** die sieben Kerninhalte der Position: Digitale Verwaltung und Governance, Digitale Infrastruktur, Digitale Souveränität und IT-Sicherheit, KI und Schlüsseltechnologien, Datenpolitik, IT-Fachkräfte, Digitale Bildung.

Die Vollversammlung beschließt bei einer Enthaltung das Positionspapier Digitaloffensive 2.0, wie als Anlage 7 zur Einladung zugesandt.

3. Wertschöpfung zirkulär denken: Rohstoffe sorgsam nutzen, Kreisläufe schließen

Herr Vagt stellt vertretend für den Ausschussvorsitzenden Herrn Wedegärtner das Positionspapier vor, mit welchem sich der Ausschuss nochmals befasst hat.

Neben dem Umbau zur klimaneutralen Energieversorgung steigt die Notwendigkeit, zukünftiges Wachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, um nachhaltiger zu wirtschaften. Von Seiten der Gesellschaft besteht die Erwartungshaltung, dass sich Geschäftsmodelle weg von einer sogenannten Wegwerfwirtschaft (Linearwirtschaft) hin zu Produkten und Dienstleistungen als Bestandteile geschlossener Kreisläufe (Kreislaufwirtschaft) – die „Circular Economy“ entwickeln.

Herr Vagt berichtet von Zahlen aus der IHK-Nachhaltigkeitsumfrage von 2022, die zeigen, dass derzeit 81 Prozent der Berliner Unternehmen ihre Rolle bei der Transformation zu einer zirkulären Wirtschaft entweder nicht bewerten (31 Prozent) oder für sich noch keine direkte Betroffenheit erkennen (50 Prozent).

Anhand der Folie 66 beschreibt **Herr Vagt** die Kernbotschaften an die Politik: Die Schaffung klarer Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit sollen den Betrieben zur Orientierung dienen, um ihre Prozesse mit genügend eigenem Spielraum zirkulär auszugestalten. Außerdem sind gleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem europäischen Binnenmarkt bei Primär- und Sekundärmaterialien erforderlich, um u.a. sektorübergreifende Kooperationen und Partnerschaften zu fördern.

Die Vollversammlung beschließt bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen das Positionspapier „Wertschöpfung zirkulär denken: Rohstoffe sorgsam nutzen, Kreisläufe schließen“, wie als Anlage 8 zur Einladung zugesandt.

4. Alternativen zum Ehegattensplitting prüfen und umsetzen

Herr Spieker stellt das Positionspapier vor und berichtet zunächst vom wirtschaftspolitischen Frühstück mit Frau Nahles, bei dem auch das Thema Ehegattensplitting debattiert wurde. Viele Frauen arbeiten in Teilzeit und in sogenannten Care-Berufen. Einer der Gründe für die Teilzeit ist das Ehegattensplitting, da es für Zweitverdienende – größtenteils Frauen – finanzielle Anreize schafft, nicht oder nur geringfügig zu arbeiten. Dadurch entgeht Berlin ein Arbeitskräftepotenzial von rund 26.000 Vollzeitbeschäftigten.

Die erarbeitete Position stellt mehrere alternative Steuermodelle vor und fordert ein Steuersystem, das sich den aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realitäten anpasst. Bevor jedoch Anpassungen getätigt werden, sollte die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bspw. durch Kinderbetreuung oder Pflege der Angehörigen sichergestellt sein, damit die betroffenen Frauen auch tatsächlich mehr arbeiten können.

Es entsteht ein Austausch u.a. zur Einbindung der DIHK und das eigentliche Erfordernis einer Entlastung von Steuerpflichtigen mit Kindern. Es beteiligen sich die **Damen Lechler und Streubel** sowie die **Herren Eder, Dr. Letz, Rückel, Spieker und Stietzel**.

Die Vollversammlung beschließt bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung das Positionspapier „Alternativen zum Ehegattensplitting prüfen und umsetzen“, wie als Anlage 9 zur Einladung zugesandt.

TOP 6: Verschiedenes

Herr Spieker kündigt an, dass eine Anpassung der Gebührenordnung für die Ausbildung erforderlich wird. Ein Großteil der Ausgaben für die Ausbildungsprüfungen kann aktuell nicht durch die Gebühren gedeckt werden. Durch die wirtschaftliche Entwicklung u.a. im Hinblick auf die Corona-Krise und Inflation kann der Zieldeckungsgrad von 50 Prozent (Beschluss der Vollversammlung aus 2012) bei der Durchführung von Prüfungen nicht gehalten werden. Auch für die Struktur der Gebührenordnung ist eine Anpassung notwendig, da die Prüfungen der Ausbildungsberufe u.a. aufgrund von Novellierungen unterschiedlichen Aufwand erfordern. **Herr Spieker** lädt zum digitalen Vollversammlungsgespräch am 13. November um 15 Uhr ein, um sich hierzu nochmal auszutauschen und zu diskutieren. In der Dezember-Sitzung der Vollversammlung soll die neue Gebührenordnung für die Ausbildungsprüfungen verabschiedet werden.

Es entsteht ein kurzer Austausch, an dem sich die **Herren Eder, Dr. Letz und S. Wolter** beteiligen. **Herr Stietzel** lädt bei weiterem Diskussionsbedarf herzlich zum Vollversammlungsgespräch am 13. November ein.

Herr Stietzel kündigt die kommenden Termine für 2023 sowie die geplanten Termine für das Jahr 2024 an:

2023:

- 13. November um 15 Uhr: VV-Gespräch zur Anpassung der Ausbildungsprüfungsgebühren
- 04. Dezember um 16 Uhr: VV-Gespräch zum Wirtschaftsplan 2024
- 13. Dezember um 16 Uhr: Vollversammlungssitzung

Vollversammlungstermine 2024:

- 14. März 2024
- 04. Juli 2024 unter Vorbehalt (mit anschließendem Sommerfest)
- 25. September 2024
- 10. Dezember 2024

Er schließt die Sitzung um 18:28 Uhr und freut sich auf den Austausch beim Get-Together.

Berlin, den 06. Oktober 2023



Sebastian Stietzel
Präsident



Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Anlagen:

- Anlage 1 Anwesenheitsliste der Teilnehmer
- Anlage 2 Gesamtpräsentation
- Anlage 3 Vision für das Handlungsfeld Innovatives Wachstum
- Anlage 4 Digitaloffensive 2.0
- Anlage 5 Positionspapier Wertschöpfung zirkulär denken: Rohstoffe sorgsam nutzen, Kreisläufe schließen
- Anlage 6 Positionspapier Alternativen zum Ehegattensplitting prüfen und umsetzen